

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Drabstr. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4932 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich selbst dein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied fähig an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Leichte Besserung der Wirtschaftslage.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt in der letzten Zeit eine merkliche Besserung des Beschäftigungsgrades. Die Wirkungen des Londoner Abkommens machen sich, wenn auch sehr langsam, geltend. Die verschiedensten Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere der ausführliche Bericht im „Reichsarbeitsblatt“, der sich auf die Angaben der Krankenkassen-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik erstreckt, spiegeln die verbesserte Lage wieder. In bezug auf die Arbeitslosigkeit war die Abnahme laut den bisher veröffentlichten Angaben weniger auffallend als bei der Kurzarbeit. So sank nach dem Bericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Zahl der Kurzarbeiter von 52 Proz. im August auf 31 Proz. im September, und auch seither wurde eine Verringerung dieser Industrie gemeldet. In der Holz- und Bekleidungsindustrie ist ohne Zweifel eine Besserung zu verzeichnen. Freilich liegen noch große Industriezweige daneben. Im Ruhrgebiet erfolgten neue Betriebsstilllegungen. Auch erstreckt sich der Aufschwung in der Textil- und Schuhindustrie zum Teil auf die ganz billigen Massenprodukte; die allgemeine Kaufkraft reicht nicht zur Beschaffung besserer Waren. Die Frage, ob die leichte Besserung nachhaltig sein wird, kann schwer beantwortet werden. Die Lohnlage ist immer noch sehr gedrückt und hat bereits eine Anzahl von Lohnkämpfen ausgelöst, denen sicherlich andere folgen werden. Die Kaufkraft des Inlandes ist demzufolge weiter sehr niedrig. Die Ausfuhr ist im September gegenüber dem August zurückgegangen. Wegen der hohen Preislage kann die Ausfuhr nicht oder nur zu Verlustpreisen vor sich gehen, zumal die ausländische Konkurrenz die Preise für schwerindustrielle Produkte wiederholt herabgesetzt hat. Die Handelsbilanz war im September nach zweimonatiger Aktivität wieder passiv geworden, und zwar nicht nur wegen des Rückgangs der Ausfuhr, sondern wegen der erheblichen Steigerung der Einfuhr. Insofern diese Steigerung auf Rohstoffe entfällt, wird dies der Produktion der nächsten Monate zugute kommen. Es wurden aber in steigenden Mengen auch Fertigfabrikate und Lebensmittel eingeführt. Die während des Sommers erlaubte Getreideausfuhr hat große Mengen Getreide dem Inland entzogen, die jetzt zu höheren Preisen vom Ausland zurückgekauft werden müssen. Die Preislage bleibt dauernd hoch. Die Maßnahmen zur Preislenkung blieben bisher teils wirkungslos, teils unausgeführt. Die erheblichen Ueberschüsse der Staatseinnahmen erlauben die Verabsicherung einiger drückender Steuern. Die Umsatzsteuer soll um noch 1/2 Proz. auf 1 1/2 Proz. herabgesetzt werden. In einer energischen Steuerreform wird es aber vorerst nicht kommen. Die Verkehrsanstalten zeigen inmitten der Wirtschaftskrise steigende Einnahmen. So meldete die Post seit April einen Ueberschuß von 50 Millionen Goldmark. Hier wäre Raum für weitergehende Tarifermäßigungen.

In bezug auf die Betriebsmittellage wurde die Lage leichter, wenn auch noch zahllose Unternehmen und ganze Industriezweige über Geldnot zu klagen haben. Gleichzeitigkeit mit der 800-Millionen-Anleihe und nachher sind beträchtliche amerikanische Kredite der deutschen Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Allem Anschein nach wird sich das amerikanische Kapital, allerdings zu hohen Zinssätzen, in beträchtlicher Weise an der deutschen Wirtschaft beteiligen. Sehr beachtenswert ist die Warnung des Bankpräsidenten Schacht vor überreifer Kreditanbahnung, die letzten Endes zu Steigerung des Preisniveaus und neuer Inflation führen kann. Die Momente sollen ausländische Anleihen für nicht werdende Zwecke, die aus Steuereingängen zu decken sind, nicht aufnehmen. Soll diese Warnung auch eine Abjage an Anleihen für Wohnbauzwecke bedeuten, die die Wohnungsnot lindern und einen großen Teil der Industrie beleben könnten?

Die unbedingte Notwendigkeit der Ausfuhrsteigerung trat in der laufenden Periode deutlich hervor. Dies hängt von der Preislage wie von der zu befolgenden Handelspolitik ab. Die Schwerindustrie macht unter dem Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ Propaganda für Hochschutzzölle. Die Stimme der Fertigungsindustrie, die sich gegen die hohen Zinssätze wendet, läßt sich dabei viel schwächer vernehmen. Sie bekämpft die hohen Schutzzölle nicht genau, in der Hoffnung, daß diese auf dem Verhandlungswege mit den einzelnen Ländern stark herabgesetzt werden und daher vorläufig nur als Mittelmaß betrachtet werden können. Man kann sich dabei arg täuschen; das mächtige schwerindustrielle Kapital wird auf dem Verbleiben hoher Schutzzölle bestehen. Infolge der Auflösung des Reichstages konnte der deutsch-japanische Handelsvertrag nicht ratifiziert werden. Vor den Wahlen entfaltete der Weinbau eine energische Agitation gegen das Abkommen, das, um die deutsche Ausfuhr nach Spanien zu ermöglichen, spanische Weine zu ziemlich niedrigen Zollsätzen nach Deutschland hineinläßt. Der erste Teil der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurde mit Erfolg beendet. Deutschland wird Frankreich Marktbegünstigung gewähren. Frankreich, das aus geschlichen Gründen nicht dasselbe tun kann, wird für die wichtigen Ausfuhrposten Deutschlands die niedrigsten Sätze (Minimaltarif) in Anwendung bringen. Wie dies in Wirklichkeit ausfallen wird, bzw. wie hoch die gegenseitigen Zölle sein werden, wird sich erst später entscheiden. Die Frage des Elsaß-Lothringens, bisher vollfreier Einfuhrkontingents und die des Wirtschaftsverkehrs mit dem Saargebiet, das Anfang nächsten Jahres dem französischen Wirtschaftsgebiet einverleibt werden soll, harret dringend einer Lösung.

Die Reorganisation der Industrie wies eine Anzahl für die Zukunft wichtiger Erscheinungen auf. Die Zusammenlegung der Aktien, bzw. die Herstellung der Goldbilanzen erfolgte bisher noch bei weitem nicht in allen Aktiengesellschaften. Die bisherigen Zusammenlegungen erfolgten fast immer auf Grund einer zu niedrigen Bewertung des Sachkapitals. Das neue Goldkapital wurde überall geringer angesetzt, als es dem Goldwert des Unternehmens entsprachen hätte. Hand in Hand mit dieser Umstellung geht die weitere Enteignung der kleinen Aktionäre. Die übermäßigen Vorrechte der Großaktionäre wurden bei der Umstellung auf Goldbasis beibehalten. Der

Konzentrationsprozeß dauert weiter an; von der jüngsten Entwicklung möchten wir die Angliederung von Privatversicherungsanstalten an Großkonzerne (Michael, Wariat) hervorheben. In bezug auf die Organisation der Schwerindustrie erfolgten weitere Ereignisse von Bedeutung. Das Kohlenyndikat wurde erneuert. Ein Teil der Mitglieder (Thyssen, Rhein Stahl) wurde durch weitgehende Zugeständnisse zum Aufschluß bewegt, die sich auf die weitgehende Auslegung der Selbstverbraucherrechte und der Benützung eigener Handelsorganisationen unter Ausschaltung des Verkaufsbureaus des Syndikats erstreckten. Ungefähr 10 Proz. der Zechen wurden durch eine Verordnung zwangsweise dem Kohlenyndikat angegliedert. Diese erheben jetzt gegen die Ungefestigkeit der den einzelnen Stahlwerkstätten zu erziehenden Stahlmengen Bestimmungen. Die Konzerne von Thyssen, Rhein Stahl, Alsdorf und Gutehoffnungshütte sind für die Schaffung des Stahl Syndikats. Ein Preis- und Verkaufstarell wird nicht in Frage gestellt, da die Konzerne ihre Verkaufszustellungen bereits ausgebaut haben. Dennoch dürfte das Tarell durch die Begrenzung und Verteilung der Produktion unter den Mitgliedern eine einschneidende Bedeutung haben.

Werberuf für den Verband.

**Vorwärts! Es schalle mit Macht durch das Land
Der Werberuf für unsern Verband!
Legt niemals die Hände feig in den Schoß,
Dann wird sich auch bessern der Arbeiter Loß!**

**Nur mit emsiger Kraft, mit starkem Vertrauen
Könnt ihr euch die schöne Zukunft erbauen —
Drum stärkt stets in Treue, mit hellem Verstand,
Eure stolze Waffe: Euren Verband!**

T a e f s.

Der eingefrorene Reichsindex.

Der seit Februar 1920 vom Statistischen Reichsamt herausgegebene und jetzt wöchentlich bekanntgegebene Reichsindex sollte bekanntlich ein zuverlässiger Gradmesser für die Steigerung der Lebenshaltungskosten sein und daher für Lohnverhandlungen und Lohnbewegungen eine Richtschnur geben. Aber schon in der ersten Zeit seines Erscheinens waren seine Mängel recht stark zutage getreten. Was aber damals bei der Zwangswirtschaft und Nationalierung der Lebensmittel noch einigermaßen verständlich und entschuldbar war, zeigt sich jetzt noch in unvermindertem Maße. Das trat besonders in den letzten Monaten stark zutage, wo die Lebensmittelpreise ungeheuer anstiegen, dagegen der Reichsindex die ganze Zeit sich gleich blieb. So stieg er vom 9. Juli bis zum 8. Oktober von 119 nur auf 121 gleich 1,7 Proz., und pendelte in den dazwischen liegenden Wochen meistens zwischen 1,14 und 1,16. Dagegen waren die für den Lebensunterhalt wichtigsten Gruppen nach dem amtlichen Großhandelsindex vom 8. Juli bis zum 7. Oktober gestiegen 1913/14 gleich 100: Getreide und Kartoffeln von 82,2 auf 124,6 = 51 Prozent; Fett, Zucker, Fleisch und Fisch von 112 auf 143,4 = 30 Proz.; Lebensmittel von 96,5 auf 133, — = 38 Proz.

Also die wichtigsten Lebensmittel waren nach dem amtlichen Großhandelsindex um 30 bis über 50 Proz. gestiegen; der wöchentliche Lebenshaltungskostenindex weist nur eine Steigerung von 1,7 Proz. in der genannten Zeit auf. Dabei ist doch allgemein bekannt, und jede Hausfrau kann es bestätigen, daß die Großhandelspreise sich recht bald in den Kleinhandelspreisen auswirkten. Diese Erscheinung ist so grotesk, daß allseitig die Unhaltbarkeit des Reichsindex offenbar geworden ist und er von niemandem mehr ernst genommen wird.

Die Gewerkschaften haben daher in der letzten Zeit eingehend dazu Stellung genommen und nachdrücklich auf eine Nachprüfung der Grundlage hingewirkt. Das Reichsamt hat auch bereits eine Sitzung der Indexkommission angedeutet, und ist zu hoffen, daß endlich diesem Forderung damit gesteuert wird.

Die wesentlichen Fehlerquellen liegen in der Ernährungsquote, in die unter allen Umständen mehr hochwertige Nahrungsmittel hineingegenommen werden müssen. Dann muß aber auch dem Anstieg mit den angeblich niedrigen Mietsätzen dabei ein Ende gemacht werden, denn die große Masse des Volkes zahlt nicht bloß 60 bis 70 Proz. der Friedensmiete, wie es in dem Reichsindex zum Ausdruck kommt, sondern mindestens einen Teil, welcher der Friedensmiete gleichkommt; oft jedoch noch weit darüber hinaus, und zwar deshalb, weil sie die erheblichen Aufwendungen für Reparaturen selbst tragen muß, wenn sie nicht in menschenwürdigen Räumen hausen will. Dann muß aber weiter noch verlangt werden, daß die Steuern, soziale Lasten, Ausgabe für Fahrgeid und die sonstigen diversen Kleinigkeiten in dem Reichsindex berücksichtigt werden.

Wir müssen unter allen Umständen verlangen, daß die Reichsindex die Preisverhältnisse so widerspiegelt, wie sie in der Wirklichkeit sind. Bei den jetzigen Zuständen läuft man Gefahr, mit dem Reichsindex ein Lohnvertrag am ganzen Volk verüben zu lassen und darüber hinaus sogar im Auslande ein ganz falsches Bild von den Lebensverhältnissen der deutschen Arbeiterschaft erweckt wird, das uns eines Tages mal recht verhängnisvoll werden kann. Man braucht nur an das Dawes-Entschieden zu erinnern, das den deutschen Arbeitern einen Lebensstandard sichert, der nicht unter dem der Arbeiterschaft anderer Länder steht.

Die Arbeiterbanken.

Von Vern Meyer.

In letzter Zeit spielen in der Öffentlichkeit nicht nur Deutschlands, sondern besonders des Auslandes die Arbeiterbanken eine große Rolle. Um sich über die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterbanken klar zu werden, ist es notwendig, wenigstens in großen Umrissen das Wesen der Banken überhaupt kurz zu beleuchten.

In der kapitalistischen Wirtschaft haben die Banken eine doppelte Funktion. Einmal haben sie die Aufgabe, Gelder, die vorübergehend frei sind und im Produktionsprozeß nicht gebraucht werden, zu sammeln und sie an die Stellen zu leiten, in denen Bedarf nach Geldern zur Umwandlung in Kapital besteht. Zum andern haben sie die Aufgabe, solche Gelder, die nicht aus kapitalistischen Unternehmungen stammen, also Spargelder, in Kapital umzuwandeln, d. h. dem Produktionsprozeß als dauernde Anlage zuzuführen.

Diese doppelte Funktion, die die Banken zu erfüllen haben, hat in Deutschland zwei Typen von Banken herausgebildet: Die Banken im eigentlichen Sinne des Wortes und die Kreditinstitute, die den Sparverkehr organisieren (Sparbanken, Hypothekendarlehen, Versicherungsgesellschaften, Genossenschaftsbanken usw.). Der Charakter der Gelder, die diesen Kreditinstituten zufließen, ist auch in sich verschieden. Die Gelder, die die eigentlichen Banken verwalten, entstammen vornehmlich dem kapitalistischen Produktionsprozeß, in dem sie zeitweilig nicht gebraucht werden. Sie müssen nach einer gewissen Frist immer wieder in die Produktion zurückfließen.

Diese Gelder sind deswegen von den Banken zum überwiegenden Teile ständig liquide zu halten, und so besteht, insbesondere für die Großbanken, die zwingende Notwendigkeit, eine Liquidität ihrer Depositionen von etwa 70 Proz. aufrechtzuerhalten. In normalen Zeiten geschieht das dadurch, daß die Banken diese Gelder für Geschäfte verwenden, die in sich den Charakter einer liquiden Anlage tragen, d. h. Wechselkonten, Lombardierungen und ähnliche Kredite. Der andere Teil der Depositionen und das eigene Vermögen der Bank können in Form von Beteiligungen und langfristigen Krediten verwandt werden. Dieses Verhältnis zwischen liquide zu haltenden und weniger liquide zu haltenden Anlagen ist nur erfahrungsgemäß festzustellen.

Infolge der Ausdehnung und Entwicklung des Aktienwesens haben die Banken die Möglichkeit, die an sich langfristige angelegten Depositionen wenigstens teilweise wieder flüssig zu machen durch Aktienemissionen und Verkauf von Aktien an ihre Mandatäre bzw. an der Börse.

Die anderen Kreditinstitute dagegen, wie Sparbanken, Versicherungsgesellschaften, Genossenschaftsbanken und Hypothekendarlehen, sammeln vor allem die Teile von Einkommen, die für einen späteren Konsum bestimmt sind (Spargelder), sowie Rentnervermögen, die fest angelegt eine dauernde Rente abwerfen sollen. Diese Gelder sind natürlich langfristig anlegbar durch Uebernahme von Kommunal- und Staatsanleihen, durch langfristige Hypotheken, durch Uebernahme von Industrieobligationen usw.

Sie dienen hauptsächlich dazu, durch Neuanlagen und Investitionen die dauernde Erneuerung und Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft zu ermöglichen. Die hohe Bedeutung, die besonders den Sparbanken für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft zukommt, zeigt sich gerade jetzt nach der Zerstörung dieser Gelder durch die Inflation in Deutschland, deren Fehlen den Neuaufbau und die Expansion der Wirtschaft zu ungeheurer Erschwern.

In einem Lande mit hochentwickeltem Kreditwesen sind derartige langfristige Anlagen bemessenlich zu machen durch börsenfähige Obligationen, Pfandbriefe und Anleihen. — Aber auch die zweite Kategorie der Kreditinstitute, wie Sparbanken, Hypothekendarlehen usw., muß ein bestimmtes Maß von Liquidität wahren, das wieder nur erfahrungsgemäß feststellbar ist. In Kriegzeiten muß selbstverständlich die Liquidität eine viel größere sein als in Zeiten einer aufsteigenden Konjunktur. Eine normal funktionierende Zentralnotenbank hat es immer in der Hand, durch ihre Finanzpolitik die Kreditinstitute zu einer vorzüglichen Geschäftsabwicklung zu veranlassen.

Die aufsteigende Konjunktur der Zeit vor dem Kriege hatte die Macht der Banken ungeheuerlich gesteigert. Dieser Machtzuwachs ging Hand in Hand mit dem Anwachsen der Industrie. Die Banken wiederum waren, um diese industrielle Macht, die mit ihrer Hilfe geschaffen war, meistern und lenken zu können, selber gezwungen, ihre Macht durch Konzentration zu steigern.

Die Konzentrationsbewegung des Kapitals hatte natürlich auch ihre Auswirkung auf die Arbeiterschaft, die sich gezwungen sah, der konzentrierten Macht der Arbeitgeber eine ebenso starke und konzentrierte Macht der Arbeitnehmer gegenüberzustellen, um ihre Interessen wirksam zu vertreten. Das zeigte sich in dem Erstarken und Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Finanzkraft. Vornehmlich die Erkenntnis der anwachsenden Macht des Kapitals, zu dem notgedrungen die Finanzen der Gewerkschaften als Einlagen bei den Großbanken beitragen und mithelfen, war es, die den Gedanken der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank im Jahre 1912 disziplinär machte.

Es waren besonders Ermägungen technischer Natur, die 1912 diesen Plan nicht zur Verwirklichung kommen ließen: Die besondere Schwierigkeit, die Liquidität aufrechtzuerhalten infolge des einseitigen Charakters der zur Verfügung stehenden Gelder, und die Schwierigkeit, diese Gelder anlegen zu können. Die Furcht vor dem Boykott durch die Finanzmächte und viele andere aus der damaligen Machtlage herrührende Ermägungen.

Nach dem Kriege dagegen haben in den Vereinigten Staaten von Amerika die Gewerkschaften aus denselben Erkenntnissen heraus, die schon im Jahre 1912 in Deutschland die Gründung einer Gewerkschaftsbank zur Diskussion brachten, eigene Gewerkschaftsbanken gegründet. — Die amerikanischen Arbeiterbanken haben im Laufe der letzten Jahre einen ungeheuren Aufschwung erlebt. Die einzelnen Gewerkschaften sind selbst

Träger ihrer Banken und deuten durch ein ausgebreitetes
Fiskales und Eröffnung immer weiterer Zweigstellen ihren
Wirkungskreis ständig aus. Sie verwalten nicht nur die Ge-
werkschaftsvermögen, sondern auch Spareinlagen und geben
diese Gelder nur an solche Unternehmungen, mit deren Ge-
schäftsführung und Verhalten den Arbeitern gegenüber die Ge-
werkschaften einverstanden sind. Sie glauben, auf diese Weise
der sozialen Reaktion, die insbesondere von den Trusts und
Großunternehmungen ausgeht, wirksam entgegenzutreten zu
können. Es ist auch angebracht, der ungeheuren Ausdehnung
und rapiden Entwicklung, die die Arbeiterbanken in Amerika
während der letzten Jahre genommen haben, nicht zu leugnen,
dass ein nennenswerter Teil des in Amerika ständig wachsenden
neuen Kapitals durch die Arbeiterbanken der direkten Ver-
einbarungsweg des Industrie- und Finanzkapitals entzogen wird.
Es ist heute noch nicht zu beurteilen und muss noch abge-
wägt werden, inwiefern angesichts der Zentralisation der
amerikanischen Arbeiterbanken und der besonderen ideologischen
Einstellung der dortigen Arbeiterbewegung eine wirksame auf-
bauende, gemeinwirtschaftliche Tätigkeit als Folge der Konzen-
tration der finanziellen Macht in den Arbeiterbanken herbei-
zuführen wird, die ihrem ganzen Wesen nach von anderen sozialen
und gesellschaftlichen Impulsen bewegt werden als die übrigen
Banken.

In Deutschland dagegen war das vollkommene Versagen
der Banken in der Verwallung der ihnen anvertrauten Gelder
während der Inflationsperiode ein Hauptanlass, den Gedanken
der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank wieder aufleben
zu lassen. Dazu kam noch nach dem Kriegsende das gewaltige
Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen und ihre ge-
stärkte politische und wirtschaftliche Stellung im Staate. Un-
derekts konnte man gerade während der unsicheren Wirt-
schafts- und Währungsverhältnisse, die die Inflationsperiode
charakterisierten, sich nur schwer zur Gründung einer Bank
entschließen, und erst als die Inflation im Abklingen war und
die Stabilisierung der Währung in Deutschland übersichtlicher
Verhältnisse schuf, ging man zur Gründung einer Gewerkschaftsbank über.

Ein Teil der Schwierigkeiten, die 1912 von der Gründung
einer eigenen Gewerkschaftsbank abhielten, ist durch die Ent-
wicklung behoben. Trotzdem ist bei einer reinen Gewerkschafts-
bank, die sich hauptsächlich auf die Gelder der Gewerkschaften
stützen muss, der einheitliche Charakter der Gelder als Schwie-
rigkeit für die Bank geblieben. Der Grad der Liquidität, den die
Gewerkschaftsbank aufrechterhalten muss, ist ein viel höherer
als bei den anderen Banken. — Die Gewerkschaftsgelder sind
wirtschaftliche Kampfmittel und deshalb vorwiegend als kurz-
fristige zu betrachten. Sie müssen also stets verfügbar sein und
können nur in solchen Geschäften angelegt werden, die jederzeit
liquideierbar sind. So müssen vor allem Streiks und Aus-
sperungen in Rechnung gestellt werden, die sich erfahrungs-
gemäß — wenigstens in den letzten Jahren — selten auf eine
Dauer beschränken. Auch Wirtschaftskrisen und die sich
daraus ergebende Arbeitslosigkeit stellen an die Gewerkschaften
große finanzielle Ansprüche. Die Beitragsleistungen sind in
solchen Zeiten allseits geringer. Eine Wirtschaftskrise trifft
zuerst und am schmerzhaftesten die Arbeiterbewegung, wenn auch
immer beträchtliche Teile und wesentliche Berufsgruppen in
Arbeit bleiben werden. Vorausgesetzt, dass alle gewerkschaft-
lichen Organisationen ihre Gelder bei der Gewerkschaftsbank
haben, wird also auch bei scharfer Wirtschaftskrise immer noch
ein Teil der Gewerkschaftsgelder der eigenen Bank zur Ver-
fügung stehen. Es wird sich überhaupt als besonderes Charakte-
ristikum der Arbeiterbanken folgender Zustand herausbilden:
Bei fortwährender Wirtschaftskrise werden die übrigen Banken
flüssig sein, während die Mittel der Gewerkschaftsbank aufge-
spannt sind. Umgekehrt dagegen werden in Zeiten einer wirt-
schaftlichen Konjunktur die Mittel der anderen Banken an-
geschwollen sein, während die Gewerkschaftsbanken gerade dann
flüssig sein werden. Es wird daher für eine Gewerkschaftsbank
immer außerordentlich wichtig sein, dieser Wechselwirkung ihre
größte Beachtung zu schenken.

Man kann also, auch wenn sich eine Gewerkschaftsbank nur
auf Gewerkschaftsgelder als Einlagen stützt, erfahrungsgemäß
ein Verhältnis feststellen, über das hinaus selbst bei scharfer
Wirtschaftskrise die Bank immer noch Gelder zur Verfügung
haben wird. Über trotzdem ist natürlich die Liquiditätsfähigkeit
einer reinen Gewerkschaftsbank gerade durch den einheitlichen
Charakter, den die Gewerkschaftsgelder tragen, wesentlich
beeinträchtigt.

Selbstverständlich wird bei wachsendem Gewerkschaftsver-
mögen auch die Gewerkschaftsbank einen immer höheren Pro-
zentfuß ihrer Gelder zur freien Verfügung für längere Anlagen
haben. Es wird sich ein bestimmter Grad an Liquidität heraus-
bilden, nach dem sie ihre Gelder unter allen Umständen liquide
erhalten oder für langfristige Geschäfte verwenden kann.

Um eine möglichst leistungsfähige Bank für die Arbeit-
nehmerbewegung zu schaffen, bedarf es also die Aufgabe, eine möglichst
große Vielgestaltigkeit der Einlagen zu erreichen.

(Schluß folgt.)

Für bessere Lehrlingsausbildung.

Wir müßten schon mehrmals auf die ungenügende Lehr-
lingsausbildung der feinkeramischen Industrie hinweisen und
darauf aufmerksam machen, wie manchmal tüchtige Facharbeiter-
personale aus ihrem Beruf gedrängt wurden oder andere Ar-
beitsfähigkeit aufnehmen mußten. Vielfach geht in Porzellan-
und Steingutfabriken die Lehrlingsausbildung so vor sich, daß
die leitenden Vorstände und Mädrchen theoretisch etwas Zeichen-
unterricht erhalten, aber praktisch schlechte Akkordearbeit ver-
richten müssen, wobei weniger Wert auf das Können, um so
mehr auf das Vielarbeiten gelegt wird. Auf Eignung selbst
wird kein allzu großer Bedacht genommen. Fast jeder Fach-
arbeiter könnte Beispiele dafür bringen, wie zum Leidwesen
mehrer Kollegen gerade in dieser Beziehung gesündigt wurde.
Die Arbeiterorganisationen haben schon manche Anregung
zur Lehrlingsausbildung und zu dem damit verbundenen Lehr-
lingszuschuß gegeben, aber ihre Vorschläge verhallen.
Nur ein paar die bestehenden Mängel auch Arbeitgeber-
vertreter, ihre wachsende Stimme zu erheben und Anregungen
zu geben. Im „Keramiker“ kommt in sehr beachtenswerten
Ausführungen über „Gegenwart und Zukunft des
deutschen Steinerts“ Dr. Ing. Hartort auch über
die Lehrlingsausbildung zu sprechen und führt u. a. an:
„Nach der Eignungsprüfung ist von der Keramik un-
bedingt gelassen worden, obwohl natürlich eine bezahlte Unter-
suchung der menschlichen Veranlagung von besonderer Wichtig-
keit wäre.“

Endlich muß man bedenken, in welcher arger Verfassung das
Lehrlingswesen in der Keramik sich befindet, und daß auf diesem
Gebiet nicht nur das Ausland, sondern auch in Deutschland
bereits außerordentliche Arbeit geleistet wird. Dieses Pro-
blem wird vom Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit in In-
dustrie und Handwerk mit erfolgreichem Ausdauer behandelt,
die die Arbeit erkennen läßt den Vorschlag, den das Aus-
land bekommen hat einzuführen. Die Keramik aber steht ab-
seits von diesen Bestrebungen und läßt dadurch unabdingbar Ge-
fahr, daß in absehbarer Zeit der Vorschlag nicht mehr ein-
zuführen ist. In anderen Fabrikationszweigen sind Schulen
für Lehrlingsausbildung eingerichtet worden, in denen man an
Stelle der reinen Theorie (Erfahrung, D. H.) eine zweckmäßige
und zielbewusste Arbeit geleistet hat. Während z. B. der
Schloßbau die verschiedenen Handfertigkeiten solange
wahrlos über, bis er durch Gewöhnung die richtigen Hand-

griffe herausbekommt, hat man für jede Betätigung, z. B. das
Feilen, das Schmieden, Apparate gebaut, die ihn in kurzer Zeit
lehren, die einzelnen Handgriffe zweckmäßig auszuführen, und
die durch Messurieren feststellen, welcher Prozentfuß seiner ein-
zelnen Handgriffe wirklich zweckmäßig ist. Der Lernende kann
sich auf diese Weise selbst kontrollieren und von dem Lehrenden
beobachtet werden. Diese Ausbildung geht also viel schneller von
statten als früher. Dagegen wird der keramische Lehrling in
unrationeller Weise ausgebildet und zwar nur auf dem speziell
benannten Arbeitsgebiet, in das er hineingestellt wurde, z. B.
als Dreher. Die Ausbildung ist so einseitig, daß er von den
übrigen Vorgängen des zweifelhafte Fabrikationsvorganges
nicht die geringste Ahnung besitzt und nichts ist kennzeichnender
für die Einseitigkeit dieses Verfahrens, als die Tatsache, daß
sicherlich in sehr vielen Fabriken mit Hunderten von Arbeitern
kein einziger zu finden ist, der das einfachste Werkzeug der
Keramik, nämlich die Töpferscheibe, beherrscht. Verharzt man
in dieser Einseitigkeit, so wird man niemals beobachten können,
für welche Arbeiten der Lehrling besonders begabt ist. Es wird
also niemals eine zweckmäßige Auslese stattfinden können.

Dazu ist noch zu bemerken, daß zur Wettbewerbsfähigkeit
auf den Weltmärkten Qualitätsleistung erforderlich ist und daß
zu einer solchen ein gutes und sauberes Bearbeiten eines jeden
einzelnen Stückes gehört. Dazu aber sind nicht einseitige und
unvollkommene Arbeiter geeignet, die gefühllos dem gegenüber-
stehen, was sie herstellen. Diese Angelegenheit ist von um so
größerer Bedeutung, als sie diejenigen Maßnahmen umfaßt, die
am weitesten in die Zukunft reichen. Wenn wir heutigen diese
Pflicht verkümmern, so schädigen wir die kommende Generation
und liefern sie der Unmöglichkeit aus, zu ihrer Zeit mit den
jetzigen Erzeugnissen überhaupt in Konkurrenz treten zu können,
die z. B. in England und Amerika von gründeren und ein-
sichtsvolleren Facharbeitern geleistet werden.“

Soweit Dr. Hartort.
Es ist zu begrüßen, daß sich für die feinkeramische Indus-
trie endlich einmal eine Stimme erhebt, die bezweckt, neben
anderem auch in der Arbeiterausbildung Anregungen zu geben.
Zu wünschen wäre ein Umgehen in die Tat. Hoffentlich geben
die Steingutfabriken Vorkurs in dieser Beziehung voran
und zeigen durch ihr Vorbild, was damit der feinkeramischen
Industrie für Dienste erwiesen werden können. In der Mit-
hilfe der Arbeiterbewegung und ihrer Organisation soll es dabei
nicht fehlen.

Arbeitslosen-Versicherung und Arbeitslosen- Unterstützung in den einzelnen Ländern.

(J. G. W.) Um eine Übersicht der Regelung der Arbeits-
losenversicherung in den einzelnen Ländern zu erhalten, hat sich der
J. G. W. mit einer Rundfrage an die angehörenden Landes-
zentralen gewandt. Bei der Fragestellung hat er sich auf die
wichtigsten Punkte beschränkt und sich vorbehalten, eventuell
später auf Einzelheiten einzugehen. Die Fragen lauteten:

1. Besteht eine staatliche Arbeitslosen-Versicherung oder eine
Arbeitslosen-Unterstützung, oder beide Systeme nebeneinander?
- 2a. Falls Arbeitslosen-Versicherung: Von welchen Stellen
werden die finanziellen Mittel aufgebracht?
- 2b. Falls Arbeitslosen-Unterstützung: Von welchen Stellen
werden die finanziellen Mittel aufgebracht?
3. Falls Arbeitslosen-Unterstützung: Sind einzelne Berufe
dauernd oder vorübergehend vom Empfang ausgeschlossen?
4. Am wievielten Tag nach Eintritt der Arbeitslosigkeit be-
ginnt die Bezugsberechtigung?
5. Für welche Höchstdauer wird gezahlt?
6. Welche Höchstätze und Mindestsätze werden gezahlt?
7. Kann vom Empfänger, von Arbeitslosen-Unterstützung
eine Arbeitsleistung verlangt werden?

Die eingelaufenen Antworten ergeben folgendes Bild:
Besteht eine staatliche Arbeitslosen-Versicherung oder eine
Arbeitslosen-Unterstützung, oder beide Systeme nebeneinander?
Von welchen Stellen werden die finanziellen Mittel aufgebracht?

Belgien. In Belgien gibt es keine staatliche Arbeitslosen-
versicherung. Diese wird ausschließlich von den Gewerkschaften
organisiert. Geringere Zahl der Staat eine Subvention von
50 Proz. des Betrages der von den Mitgliedern bezahlten
Summen. Der Betrag dieser Subvention wird der Arbeits-
losenkasse gutgeschrieben und dem Krisenfonds überwiesen. Or-
ganisationen, die in Schwierigkeiten geraten, können aus diesem
Fonds Vorschüsse beziehen. Daneben hat die Regierung einen
Nationalen Krisenfonds für die ausgefallenen Arbeitslosen er-
richtet, der noch eine weitere Unterstützung von 30 Tagen vor-
sieht. Dauert die Krise in der Industrie noch länger an, so
kann eine Verlängerung dieser Frist bewirkt werden. Sind die
Arbeitslosenstellen der einzelnen Organisationen erschöpft, so
übernimmt zudem der Nationale Krisenfonds alle statutarischen
Verpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen. Zu Beginn wurde
dieser Grundsatz streng eingehalten; seitdem jedoch katholische
Minister im Arbeitsministerium sitzen, erfolgt die Unterstützung
nur noch, wenn dies absolut unumgänglich ist.

Dänemark. Die Träger der Arbeitslosen-Versicherung in
Dänemark sind die vom Staate anerkannten Arbeitslosenstellen
der Gewerkschaften. Die finanziellen Mittel werden von den
Mitgliedern sowie durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln auf-
gebracht. Der Staatszuschuß beträgt 35 Proz. der von den
Mitgliedern eingezahlten Beiträge der Zuschuß der Gemeinden
30 Proz. Insgesamt beträgt der Zuschuß des Staates und der
Gemeinden somit 65 Proz. der von den Mitgliedern eingezahlten
Beiträge.

Außerdem besteht ein sogenannter Krisenfonds für die Un-
terstützung der ausgefallenen Mitglieder solcher Arbeitslosen-
stellen, für die eine außerordentliche Arbeitslosigkeit besteht, d. h.
wenn in den beiden letzten Monaten der Prozentfuß der Ar-
beitslosen einer Klasse 50 Proz. über den Durchschnitt der ent-
sprechenden Monate der letzten 11 Jahre mit Ausnahme der
beiden höchsten Prozentfüße liegt und mindestens 7 1/2 Proz. be-
trägt. Die finanziellen Mittel dieses Fonds werden vom
Staat von Gewerkschaften und Arbeitgebern aufgebracht.

Deutschland. Deutschland hat keine staatliche Arbeitslosen-
versicherung. Jedoch muß seit Oktober 1923 der wesentliche
Teil der Arbeitslosenunterstützung durch Beiträge der Arbeit-
geber und Arbeitnehmer zu zur Hälfte getragen werden. Bei-
tragspflichtig sind alle Arbeiter und Angestellten, die bei den
Arbeitgebern pflichtberührt sind. Damit sind alle Arbeiter
und solche Angestellten, die bis zu einem Jahres Einkommen von
2400 M. in Wien, verpflichtet, Beiträge für die Arbeitslosen-
unterstützung zu zahlen, desgleichen deren Arbeitgeber. Die
Zahlung der Beiträge zieht jedoch nicht ohne weiteres das Recht
nach sich, Unterstützungen zu beziehen. Unterstützungsrecht
ist nur der Erwerbslose, dessen besondere Bedürftigkeit anerkannt
wird. Dieses führt dazu, daß beträchtliche Teile der Erwerbs-
losen trotz Beitragspflicht ohne Unterstützung bleiben.

Wie bemerkt, werden die finanziellen Mittel überwiegend
durch Pflichtbeiträge aufgebracht. Grundsätzlich trägt die Ge-
meindeverwaltung 1/3, Arbeitgeber und Arbeitnehmer 1/3 der
Unterstützungskosten. Die Pflichtbeiträge sind jedoch auf höch-
stens 3 v. H. des Lohnes (Arbeitnehmer und Arbeitgeber höch-
stens je 1 1/2 v. H. des Lohnes) beschränkt. Wenn dieser Beitrag
zusammen mit dem Gemeindeforschuß die Kosten nicht trägt, er-
folgen die nötigen Zuschüsse aus Reichsmitteln.

Großbritannien. Es gibt eine Arbeitslosenversicherung.
Die Kosten werden zu einem Viertel vom Staate getragen; die
Unternehmer zahlen ein wenig mehr als 3 Achtel, die Arbeiter
ein wenig unter drei Achtel.

Holland. In Holland ist das sogenannte dänische System
der Arbeitslosen-Unterstützung in Anwendung. Die Träger
der Arbeitslosen-Unterstützung sind die vom Staate anerkannten
und subventionierten Arbeitslosenstellen der Gewerkschaften.
Staat und Gemeinden leisten einen Zuschuß von je 50 Proz.,
also insgesamt 100 Proz., der von den Mitgliedern eingezahlten
Beiträge.

Für die ausgefallenen Mitglieder der Arbeitslosenstellen
gelten die lokalen Bestimmungen, denen zufolge der Staat nur
an Gemeinden Subventionen zahlt, deren Finanzlage eine sehr
schlechte ist.

Italien. Obligatorische Arbeitslosenversicherung, deren
Kosten von Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen ge-
tragen werden. Der Staat leistet einen Zuschuß von 10 Mill.
Lire.

Jugoslawien. Es besteht eine Arbeitslosen-Unterstützung.
Die Mittel werden durch die Kranken- und Unfallversicherungs-
organe in der Höhe von 5 Proz. des Krankenversicherungsbe-
trages aufgebracht.

Lettland. Weiber Arbeitslosenversicherung noch Arbeits-
losen-Unterstützung. Nur in Perioden allerhöchster Arbeits-
losigkeit wird den Arbeitslosen, die schon längere Zeit keine
Arbeit finden konnten, eine winzige Unterstützung in Form von
trockenem Brot, Holz usw. gewährt.

Memelgebiet. Bis zur Befreiung des Gebietes durch die
Litauer bestand eine Arbeitslosenversicherung; diese kam mit
der Befreiung in Ruhestellung. Auf vorläufiges Drängen der Ge-
werkschaften hat das Landesdirektorium eine Verordnung her-
ausgegeben, die die Arbeitslosenfürsorge den kommunalen Ver-
bänden zuweist.

Oesterreich. Es besteht eine staatliche Versicherung. Die
Kosten werden aufgebracht durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer
je 42 Proz., Staat 14 Proz. und Gemeinde 4 Proz.

Polen. Seit 1. September d. J. besteht eine staatliche Ar-
beitslosenversicherung. Die Unternehmer zahlen 1 1/2 Proz., die
Arbeiter 1/2 Proz. und der Staat 1 Proz. der auszuschütteten
Lohnbeträge.

Schweden. Es gibt keine staatliche Arbeitslosenversicherung,
und der Staat leistet auch keine Zuschüsse an die Arbeitslosen-
stellen der Gewerkschaften. Die Frage steht zurzeit zur Behand-
lung; aber eine Lösung ist bisher noch nicht gefunden worden.
Während der letzten Wirtschaftskrise waren jedoch der Reichs-
tag und die Regierung geneigter, Maßnahmen zur Linderung
der Not vorzunehmen. Insgesamt wurden von Staat und Ge-
meinden ca. 20 Millionen Kronen für diesen Zweck verauslagt,
die zum größten Teile für die Vornahme von Notstandsarbeiten
verwendet wurden.

Schweiz. Die staatliche Versicherung wurde am 1. Juli d.
J. aufgehoben. Gegenwärtig ist ein Gesetz in Beratung, das
einen Staatszuschuß nach dem Genfer System vorsieht.

Spanien. Das staatliche Arbeitsamt gibt einen gering-
fügigen Zuschuß an einige Gewerkschaften, die satzungsgemäß
ihre Arbeitslosen unterstützen. Eine gesetzliche Regelung gibt
es nicht.

Tschechoslowakei. Es besteht eine staatliche Arbeitslosen-
unterstützung; die finanziellen Mittel werden durch den Staat
aufgebracht.

Ungarn. In Ungarn gibt es weder staatliche Arbeitslosen-
versicherung noch Arbeitslosen-Unterstützung.

Die wirtschaftlichen Folgen des konservativen Wahlsieges in England.

Das europäische Festland kann von dem konservativen Sieg
in England nichts Gutes erwarten. Wird auch die konservative
Regierung keine reaktionäre Politik treiben, so wird sie dennoch
den eingeschlagenen Weg zum politischen und wirtschaftlichen
Zerfall weitergehen. Sie hat zwar dem Reparations-
abkommen keine Hindernisse bereitet, ja dieses begünstigt, dem
Garantiepakt des Völkerbundes und dem Abrüstungsabkommen
bringt sie jedoch keine Liebe entgegen. Die historisch wichtige
Lage der französisch-englischen Annäherung wird eine Unter-
brechung erfahren. Auch sind es konservative Kreise, welche die
wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands und Rußlands
mit Hilfe des englischen Kapitals hintertreiben, aus Angst vor
der Konkurrenz im Falle Deutschlands, aus Gründen der Politik
und der Gläubigerpsychologie im Falle Rußlands. Die große
Ausdehnung der europäischen Schwerindustrie in der
Frage des Lebensunterhaltes soll demnächst beginnen und wird
vorausichtlich durch diese politischen Einstellungen beeinflusst.
Walwin's Wirtschaftspolitik mündet in die Abkehr Eng-
lands von Europa aus. Bei den Wahlen hat er zwar die
Propaganda für den Schutzlohn nicht erneuert. Er will aber
die nationalen Industrien (Schlüsselindustrien) schützen und den
Dominanz Vorzugssätze, die er ihnen seinerzeit bereits zuge-
sprochen hat, gewähren. Die Vorzugssätze sind aber nur die
Vorboten des Schutzlohnsystems; ihre Ausdehnung ist ohne
Schutzlohn nicht denkbar. Walwin's Wirtschaftspolitik wird
durch den Gedanken geleitet, daß nicht der europäische
Kontinent, sondern die übrigen Erdteile die „natürlichen
Märkte“ Englands bilden. Die Handelsstatistik zeigt ein-
deutlich noch ein anderes Bild; ihr zufolge ist der Anteil Europas
an dem Handelsverkehr mit England nicht geringer als der
Englands mit seinen Dominions und Kolonien und viel größer
als der der anderen Weltteile. Nichtsdestoweniger kann das
Bild durch die konservative Wirtschaftspolitik verändert werden.
Englands Abkehr von Europa kann sich außer in den Völker-
bundsfragen und der Handelspolitik auch noch in bezug auf die
Rohstoff- und Kreditversorgung auswirken. Der Zusammen-
bruch der liberalen Partei, mag er auch aus innerpolitischen
Gründen für die Arbeiterpartei nützlich erscheinen, kann in Hin-
sicht auf die europäische Wirtschaftspolitik verhängnisvoll wer-
den. Hat doch die liberale Gruppe um Walwin dem wirtschaft-
lichen Zusammenbruch Englands mit dem kontinentalen Europa
das Wort geredet, dem jetzt die konservative Regierung Wal-
win's ein Ende bereiten will.

Hat Amerika Geld für Mitteleuropa?

Die Kreditgeber der mitteleuropäischen Staaten läßt die
Frage aufwerfen, ob Amerika wirklich große Kapitalüberschüsse
hat, beziehungsweise in der Lage ist, umfangreiche Kredite zu
gewähren. In zahlreichen Aufsätzen der deutschen und öster-
reichischen Presse wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß
dies nicht der Fall sei. Die herangezogenen Argumente haben
aber wenig Beweiskraft. Es wird gesagt, daß die Goldreserven
der Vereinigten Staaten, so hoch sie auch seien, für eine sehr
umfangreiche Kapitalausfuhr nicht ausreichen. Nun ist aber
die Kreditgewährung von den Goldreserven, die im übrigen nur
zum geringen Teil bei der Zentralbank, zum größten Teil aber
bei den Privatbanken lagern und ungeheuer groß sind, weit-
gehend unabhängig. Im „Oesterreichischen Volkswirt“ wird be-
hauptet, die Vereinigten Staaten hätten alljährlich nur eine
Milliarde Dollar für Anleihe zwecke im In- und Ausland zur
Verfügung. Dieser Behauptung steht die Tatsache gegenüber,
daß dort in den letzten vier Jahren 20 Milliarden Dollar an-
gelegt wurden. Auch trifft es nicht zu, daß Amerika in diesen
Jahren nur das während des Krieges angesammelte Kapital
ausgegeben hat. Amerika hat während des Krieges enorme Ver-
träge im Inland investiert und ins Ausland geliehen; trotzdem
wurde keine Kapitalkraft nicht geschwächt. Sehr wichtig ist die
Frage, welcher Teil des freiliegenden Kapitals im Inland selbst

angelegt wird. In den letzten Jahren wurden nur 12 Milliarden, das heißt circa ein Viertel des investierten Kapitals nach dem Ausland geschickt, das übrige im Inland angelegt. Dieses Verhältnis kann sich jedoch ändern. So wurden dort in den letzten Jahren jährlich eine Milliarde Dollar für Eisenbahninvestitionen verausgabt, es wird aber bezweifelt, daß in den nächsten Jahren so hohe Summen für ähnliche Zwecke verwendet werden. Der Verbrauch der Bevölkerung ist zwar enorm gestiegen, dennoch sind dem Schranken gesetzt. Es ist anzunehmen, daß ein Teil der bisher in der Automobilfabrikation festgelegten Summen nach der Ueberfälligkeit des Marktes mit Automobilen, die sich bereits jetzt fähig machen, anderswohin zu fliehen suchen muß. Die Verminderung der Löhne wird den Verbrauch einschränken und die Ansammlung des Kapitals bei den Unternehmern (akkumulationsrate) erhöhen. Es unterliegt demzufolge kaum einem Zweifel, daß die Kapitalisten der Vereinigten Staaten die wenigen 100 Millionen Dollar, deren Mittel Europa für Betriebskapital bedarf, ohne Schwierigkeit herbeiführen können. Eine andere Frage ist, ob sie es tun wollen und zu welchen Bedingungen. Die erste ist eine politische Frage, beziehungsweise die der Sicherheit der Anlagen, und hängt eng mit den Verpflichtungen aus dem Reparationsabkommen zusammen. In Bezug auf die Kreditbedingungen kann Mittel Europa nicht auf billigen Kredit rechnen. Die Verzinsung der amerikanischen Industrieobligationen ist ziemlich hoch, sie beträgt durchschnittlich 6 Proz., und das amerikanische Kapital wird von mitteleuropäischen Unternehmungen eine viel höhere Verzinsung verlangen, als sie ihm zu Hause erreichbar ist. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß das amerikanische Finanzkapital sehr stark organisiert ist. Das große Publikum gibt sein Sparkapital einigen Großbanken zu Anlagezwecken her, welche Mittel Europa die Bedingungen auf Grund gemeinsamen Vorgehens diktieren können. Demzufolge ist anzunehmen, daß Mittel Europa die erforderlichen Beträge aus Amerika schließlich erhalten wird, aber nur unter schweren Bedingungen. Eine Verflachung unter das Joch des amerikanischen Finanzkapitals steht uns bevor und es wird lange Zeit dauern, bis es abgeschüttelt werden kann.

Wirtschaftliches.

Die städtischen Betriebe der Gemeinde Wien. Gelegentlich der Besprechung des Rechnungsabchlusses der Gemeinde Wien, die bekanntlich von der sozialistischen Partei geleitet wird, stellt die Zeitschrift „Der ökonomische Volkswirt“ die großen Erfolge der Gemeindeverwaltung fest. In Bezug auf die städtischen Gaswerke schreibt er: „Das Gas wird jetzt den Konsumenten erheblich billiger geliefert als vor dem Kriege, trotz des weit höheren Kohlenpreises. Denn die Gaswerke haben unter der gegenwärtigen Verwaltung die Werke ausgebaut und nehmen jetzt nahezu soviel für Holz und andere Nebenprodukte ein wie für Gas, während im Jahre 1913 kaum 25 Proz. der Gesamteinnahmen auf die Nebenprodukte entfielen.“ In Bezug auf die Elektrizitätswerte: „Die Stromabgabe ist dank der außerordentlichen Ausgestaltung der Werke nahezu auf das Doppelte gestiegen. Der Verbraucher von elektrischem Strom zahlt kaum den halben Friedenspreis.“ Bezüglich der städtischen Straßenbahnen: „Die Gemeindeverwaltung verdient alle Anerkennung, daß sie unter schwierigen Verhältnissen die im Kriege herabgewirtschafteten städtischen Straßenbahnen nicht nur wieder in Stand gesetzt und ihre Leistungsfähigkeit außerordentlich vergrößert hat, sondern überdies die Preise viel niedriger hält als vor dem Kriege.“

Nieenerfolge der staatlichen Elektrizitätswirtschaft in Kanada. Auf der Konferenz der Liga für Gemeinwirtschaft (Public Ownership League) wurde vor kurzem festgestellt, daß die riesigen Elektrizitätswerke in Ontario (Kanada) in kurzer Zeit bereits mehr als 100 Millionen Dollar für die Verbraucher erspart haben. In Ontario sind durch Enteignung bzw. Aufkauf der privaten Elektrizitätsgesellschaften und sehr umfangreiche Neubauten ungeheure Kraftzentralen, die den Strom der Niagarafälle ausnützen, entstanden. Die staatliche Kommission begann seinerzeit mit der Errichtung einer kleinen Zentrale von 1000 Pferdekraften für die Versorgung von 13 Gemeinden. Heute werden 360 Städte mit Strom versorgt und der verteilte Strom ist nicht geringer als 700 000 Pferdekraften. Wenn die neuen Zentren fertig sind, wird die Gesamtleistungsfähigkeit 1,8 Millionen Pferdekraften betragen. Der Wert der gemeinwirtschaftlichen Anlagen beträgt die riesige Summe von einer Viertelmilliarde Dollar. Der früher von Privatgesellschaften gelieferte Strom kostete 7 bis 25 Cents pro Kilowattstunde, die gemeinwirtschaftliche Anstalt liefert ihn für 1,1 bis 2,6 Cents. Die Steuerzahler brauchen nicht herangezogen zu werden, weil das Unternehmen seine Kosten reichlich decken kann. Die Erzeugnisse der Elektrizität werden nicht nur in den Haushalten, sondern auch in der Landwirtschaft, wo sie in der verschiedensten Form ausgiebig verwendet wird, vermarktet. Die gemeinwirtschaftliche Kraftzentrale in Winnipeg hat die gleichen Erfolge zu verzeichnen. Früher rechneten die privaten Gesellschaften 20 Cents pro Kilowattstunde Stromverbrauch für den Hausbedarf. Als bei der Errichtung einer gemeinwirtschaftlichen Kraftzentrale angekündigt wurde, haben die Privatgesellschaften den Preis sofort auf die Hälfte herabgesetzt. Die Kraftzentrale wurde 1911 den- noch erbaut und lieferte sofort den Strom zu 3 1/2 Cents pro Kilowattstunde. 1922 kostete der Strom bereits nur noch 2 1/2 Cents. Trotzdem konnte die gemeinwirtschaftliche Zentrale sich Reserven im Betrage von 18 Millionen Dollar sammeln und verfügt über eine Anlage im Werte von 13 Millionen Dollar. Die „Hydro Reus“, das Organ der gemeinwirtschaftlichen Kraftzentrale, stellt fest, daß die Einwohner von Winnipeg durch sie 16 Millionen Dollar erspart haben.

Die Bedeutung der 800-Millionen-Anleihe. Die 800-Millionen-Anleihe ist ein wichtiger Bestandteil des Dawes-Planes; sie soll dem Zweck dienen, der neuen Reichsbank die Notenausgabe in einem für die Wirtschaft nötigen Ausmaß zu ermöglichen. Die Notenausgabe muß auf Gold gestützt werden. Der Goldschatz der Reichsbank reicht aber nicht aus, deshalb muß die Anleihe der Ergänzung des Goldschatzes dienen. Aus diesem Grunde wird der größte Teil der Anleihe überhaupt nicht nach Deutschland kommen, sondern wird im Ausland bleiben, als Deckung (Reserve) für den Notenumlauf und die Depositen der Reichsbank. Davon ergibt sich die merkwürdige Tatsache, auf die M. Keynes hinweist, daß Deutschland die Anleihe zu etwa 8 Proz. verzinsen und gleichzeitig ungefähr die Hälfte des Betrages zu etwa 2 Proz. an das Ausland wiederleihen muß. Der Zinsfuß in Amerika, wo die Gelder voraussichtlich bleiben müssen, ist nämlich außerordentlich niedrig. Auf Grund der 800-Millionen-Anleihe kann die Reichsbank laut den Vorschriften 2 Milliarden Goldmark ausgeben. Dieser Betrag ist keineswegs groß, wenn wir bedenken, daß davon 800 Millionen für Sachlieferungen und Befahrungskosten ausgegeben werden müssen. Vor den verbleibenden 1,2 Milliarden wird die Hälfte zu Krediten für die Landwirtschaft verwendet. Der bringende Kreditbedarf der Landwirtschaft für Düngemittel und Maschinen wird auf 400 Millionen geschätzt; sie braucht aber Realcredit für Investitionszwecke im Betrag von 3 bis 4 Milliarden Goldmark. Für die Verflachung des Kapitalbedarfs der Industrie gibt die Anleihe, bezw. die dadurch ermöglichte Notenausgabe, wenn man die nötige erhebliche Steigerung der Produktion ins Auge faßt, keinen großen Spielraum. 800 Millionen Goldmark sind ebensowohl im Hinblick auf die Reparationslasten wie auf den Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft eine sehr geringfügige Summe. Sie ist, wie Keynes meint, verhältnismäßig unbedeutender als jene Summen, die bereits in der jüngsten Vergangenheit unter dem Anreiz hoher Zinssätze in Deutschland angelegt worden sind.

Die Vergütung im Kapitalismus. Der Sachverständigenausschuß des englischen Nationalrates der Arbeiterchaft, der

sich aus Vertretern des Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und der Parlamentsgruppe der Arbeiterpartei zusammensetzt, hat ein Gutachten darüber ausgearbeitet, warum eine Unterproduktion in dem Sinne besteht, daß in der Produktion nicht die wirtschaftlich und sozial größtmögliche Leistung erreicht werden kann. Am Schlusse des Gutachtens werden die Gründe für diese Tatsache folgendermaßen zusammengefaßt: 1. Die Produktionsleistung der Industrie ist bedeutend geringer, als sie sein könnte und sein muß. 2. Die Verantwortung für diese geringe Leistungsleistung tragen das gegenwärtige System der industriellen Organisation und die Unternehmerschaft, sowohl im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit. 3. Die Hauptquellen der Verschwendung und ungenügenden Leistung sind: a) die den Arbeitern nicht gewährte Ständigkeit, Verantwortlichkeit und Kontrolle; b) fehlende Arbeitsfreude bei Arbeit für die Bereicherung der Unternehmung; c) Unstichheit der Arbeiter und Verboten der Beschäftigungslosigkeit; d) Wirkungen der Konjunkturschwankungen; e) ungeeignete, schadhafte und veraltete Maschinen, Arbeitsstätten und Ausrüstungen, fehlerhafte Werkanlagen; f) mangelhaftes Zusammenarbeiten zwischen Industrien und Industriezweigen; g) fehlerhafte Organisation der Arbeit; h) Fehler im Transportsystem; i) willkürliche Produktionsbeschränkung zwecks Preisverhöhung; j) lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen.

Der Leistungsstarifvertrag. Die Arbeitgeberverbände fordern neuerdings die sogenannten Leistungsstarifverträge, worunter sie die vertragliche Festlegung einer unteren Gehalts-grenze für die einzelnen Gruppen ohne Berücksichtigung des Lebens- oder Dienstalters verstehen. Die über die untere Gehalts-grenze hinausgehenden Gehaltsätze soll der Arbeitgeber aus eigener Entscheidung bestimmen. In einem Aufsatz von Kurt Swolinsky in „Der freie Angestellte“ wird darüber klage geführt, daß in manchen Kreisen der Arbeiterchaft diesem Bestreben der Arbeitgeberverbände bereitwillig Folge gegeben wird. Die wichtigsten Argumente gegen den Leistungsstarifvertrag lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: 1. Die Gesamtsumme der auszuschüttenden Gehälter würde beim Leistungsstarif sicherlich niedriger sein als beim gegenwärtigen Tarifvertragssystem. 2. Die Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Bestimmung der Leistungen wäre nicht möglich, sie stünde zu der Abicht der Unternehmer in Widerspruch. 3. Die große Arbeitslosigkeit und die jede Freizügigkeit unterbindende Wohnungsfrage würde die Scharen der Arbeitnehmer dazu zwingen, die Stellen auch zum Mindestgehalt zu übernehmen; so wird der Leistungsstarifvertrag zum Werkzeug des Lohndruckes. 4. Die in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen würden voraussichtlich nur Mindestgehälter bekommen, um die Gewerkschaftsbewegung auch auf diese Weise zu lähmen. 5. Endlich ist der Leistungsstarifvertrag eigentlich kein Tarifvertrag mehr, ja, er ist eine andere Form der früheren individuellen Bezahlung und damit das Ende des Tarifvertrages.

Soziales.

Was kostet der Wirtschaft die Sozialversicherung? Der Hauptverband deutscher Krankenkassen veruchte den Anteil der Sozialversicherung an dem Gesamtumfang der Betriebe festzustellen. Die durchgeführte Untersuchung hat Angaben von 71 Betrieben mit einem Gesamtumfang von über 21 Millionen Goldmark und 33 000 beschäftigten Personen gebracht. Es handelt sich bei der Aufnahme um mittlere und größere Betriebe mit durchschnittlich 470 Beschäftigten. An diese wurden an Löhnen und Gehältern 3 1/2 Millionen Goldmark gezahlt, das ist 6,8 Proz. des Gesamtumfahes. Für alle Beschäftigten mußten 1,61 Proz. des Gesamtumfahes auf Rechnung der Sozialversicherung geschrieben werden. Davon hatten die Versicherten selbst aus ihren Bezügen 0,9 Proz. aufzubringen, so daß als Arbeitgeberanteil noch 0,7 Proz. des Gesamtumfahes verblieben. Rechnet man noch die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung hinzu, so erhöht sich diese Puffer auf 0,9 Proz. des Gesamtumfahes.

Arbeitszeit in Großbritannien. Während des Jahres 1923 hat der Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses einen Fragebogen angeschlossener Organisationen ausgeteilt, um die normale wöchentliche Arbeitszeit der Mitglieder festzustellen. Das Ergebnis der Umfrage war folgendes:

40 Stunden in der Woche	24 500 Mitglieder
42	860 600
44	305 087
46	8 500
46 1/2	11 590
47	904 224
48	1 409 613

Die Arbeitszeit in der Tschechoslowakei. Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht soeben eine neue Broschüre in der Reihe der Veröffentlichungen über die Arbeitszeit in der Industrie.

Diese Studie, welche die Arbeitszeit in der Tschechoslowakei behandelt, ist von besonderem Interesse dadurch, daß es eines der ersten Ziele der tschechischen Nationalbewegung war, nach Verkündung der Unabhängigkeit des Landes am 28. Oktober 1919 einstimmig das Gesetz vom 19. Dezember 1918 anzunehmen, das in der neuen Republik den Achtstundentag und die 48stündige Arbeitswoche einführt. Die Tschechoslowakei ist auch der erste Industriestaat gewesen, welcher am 21. August 1921 das Internationale Übereinkommen von Washington (1919) über die Beschränkung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich ratifiziert hat.

Der erste Teil der Abhandlung behandelt den Geltungsbereich und die Bestimmungen des Gesetzes von 1918, seine Anwendung auf die Eisenbahnbetriebe und die Abweichungen, die ständig oder zeitweilig vom Gesetzgeber zugelassen werden. Es folgen dann einige Auskünfte über die Anwendung der neuen Gesetzgebung, während der dritte Teil des Werkes sich auf die Regelung der Arbeitszeit durch Kollektivverträge bezieht.

Saben Nichtorganisierte Anspruch auf Tariflohn? In dieser Frage fällt das Gewerbegericht selbst vor einiger Zeit ein Urteil, das namentlich für solche Arbeiter, die immer noch ernten, wo andere fähen, also für Nichtorganisierte, von Bedeutung ist. Eine Firma verweigerte einem Arbeitnehmer die kurz vorher durch Schiedspruch festgesetzte Lohnerhöhung von 17 Proz. und wurde deswegen verklagt. Die beklagte Firma machte geltend, daß der Kläger nicht Mitglied einer der an dem Schiedspruch beteiligten Parteien sei. Der Kläger könne deswegen aus dem Schiedspruch keine Rechte für sich herleiten, denn der Spruch sei wohl für verbindlich, nicht aber für alle-gemeinverbindlich erklärt worden. In der Urteilsbegründung wird noch darauf verwiesen, daß ein Schiedspruch, gleichgültig ob eine Unternehmung unter diesen freiwillig oder gezwungen erfolgt, nur den Streit zwischen den beteiligten Parteien schlichtet. Für Nichtmitglieder der Parteien ist der Schiedspruch weder gefällig, noch erstreckt sich seine Verbindlichkeits-erklärung darauf. Soll der Schiedspruch auch Kreise umfassen, die nicht den beteiligten Parteien angehören, so müßte er für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Genossenschaftliches.

Die Genossenschaftsbewegung im Britischen Reich. Eine Sonderausgabe des „Manchester Guardian Commercial“ zur Weltausstellung in Wembley (Empire Number) behandelt ausführlich die Entwicklung der Genossenschaften in den englischen Dominions. Aus den Darstellungen geht hervor, daß ihr fast überall Kapitalmangel, öfters auch nationale Verschiedenheit der Einwanderer hindernd im Wege stehen. Der

nach ist der Fortschritt der letzten Jahre, der überall mit Hilfe der Staaten erreicht wurde, sehr groß. Die vorherrschende Art ist in Irland, Kanada und Australien die landwirtschaftliche Genossenschaft für die Verwertung der Produkte. In Irland und werden in erster Linie die Molkereien genossenschaftlich betrieben; mehr als 60 Proz. der Milchprodukte werden durch diese auf den Markt gebracht. In Kanada sind Genossenschaften erst in den letzten Jahren entstanden. Sie sind aber zum größten Teil Miesgenossenschaften zur gemeinsamen Verwertung von Getreide, Obst usw. und erreichen einen Umsatz von vielen Millionen Dollar. In Australien und Neuseeland beschäftigen sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch mit dem gemeinsamen Einkauf von Maschinen und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln. In Neuseeland wurde 1913 eine Großeinkaufsgenossenschaft gegründet mit 23 angeschlossenen Gesellschaften. In Südafrika steht die Genossenschaftsbewegung noch in den Anfängen; es sind hauptsächlich Konsumgenossenschaften vorhanden, die vom Staat Kredite erhalten. In Natal haben die Gewerkschaften eine Konsumgenossenschaft unter ihrer Kontrolle. Eine Großeinkaufsgenossenschaft ist aber in Südafrika noch nicht entstanden. In Indien sind nur Kreditgenossenschaften, deren Zahl aber in ständigem Steigen begriffen ist, vorhanden. Die Ende 1922 bestehenden 52 182 Kreditgenossenschaften wurden in 470 Zentralbanken zusammengefaßt. Die Kreditgenossenschaften haben eine geringe Anzahl von Einkaufs- und Konsumgenossenschaften errichtet. Es soll noch erwähnt werden, daß die englische und die schottische Großeinkaufsgenossenschaft in Indien, Ceylon und Westafrika große Unternehmungen für Tee-, Kaffee- und Kakao-produktion unterhalten. Sie haben mehr als zwei Millionen Pfund in diesen Unternehmungen angelegt.

Die Neuorganisation des nordamerikanischen Getreidehandels. Fünf der größten nordamerikanischen Getreidefirmen haben ihre Geschäfte an eine neugegründete Genossenschaft der getreidebauenden Landwirte übertragen. Die Getreidefirmen besitzen riesige Getreidelagerhäuser in einer Anzahl nordamerikanischer Städte mit einem Fassungsvermögen von über 50 Millionen Bushel und einem großen Geschäftssapparat. Hinter der Neubildung steht der amerikanische Landmann. Die Landwirte erhalten die volle Kontrolle über das neue Unternehmen. Die Vorteile der Neugründung sollen außer in den durch die Vereinigung der fünf Firmen zu erzielenden Betriebsersparnissen in einer beträchtlichen Besserung der Methoden des Getreideabflusses bestehen. Der Absatz soll unter billiger Berücksichtigung der Produzenten und Konsumenten erfolgen. Die bisherigen Kräfte der Getreidehändler sollen auf Landwirte und Verbraucher verteilt werden. Man hofft, daß unter dem neuen Verfahren die Landwirte je 6 bis 8 Cents pro Bushel mehr als bisher erhalten werden. Die Bedingungen der Geschäftsübertragung sind für die Landwirte sehr günstig, sie müssen den Kaufpreis erst allmählich nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit bezahlen. Man fragt sich, warum sich die Geschäftsleute zu dieser Umformung ihrer Geschäfte entschlossen haben. Der Grund dafür ist, daß dank der steigenden politischen Macht der Landwirte die staatliche Beeinflussung und Kontrolle des Getreidehandels vom Jahr zu Jahr zunimmt, was die Profite der großen Geschäftsfirmen zum Rücktritt von der selbständigen Tätigkeit, bezw. zur Übertragung ihrer Geschäfte an die Großgenossenschaft veranlaßt hat.

Von der Keramikindustrie.

Die Vereinigten Staaten führten im Juli 1923 feintekamische Erzeugnisse im Werte von 696 278 Dollar ein. Daran hatten als Hauptlieferanten Anteil: Japan mit 323 537 Dollar = 46,5 Proz., Deutschland mit 226 653 Dollar = 32,5 Proz., Frankreich mit 72 696 Dollar = 10,4 Proz., Tschechoslowakei mit 50 871 Dollar = 7,2 Proz., England mit 3881 Dollar = 0,6 Proz. und die übrigen Länder mit 18 640 Dollar = 2,8 Proz. Im Juli 1924 hatte sich Deutschlands Anteil schon auf 406 611 Dollar = 48,3 Proz. gegen Japan mit 260 673 Dollar = 39,9 Proz. gesteigert. Die Gesamteinfuhr in diesem Monat betrug 844 830 Dollar.

In der chinesischen Provinz Schantung liegt die Stadt Peking, die nach „Stearnos“ infolge ihrer industriellen Bedeutung eine bemerkenswerte Stellung einnimmt. Außer der Glasindustrie ist die Porzellanindustrie, die namentlich fühlbar der Stadt, in Schantungswang seit altersher anhängig ist. Sie umfaßt dort 42 Betriebe und soll schon seit ungefähr 300 Jahren bestehen. Die Porzellanfabrikation verarbeitet die in ihrer Nähe befindlichen Rohmaterialien, wie Kaolin, Feldspat, Ametist und Kalk.

In der Türkei ist nach einem Bericht von Professor Dr. C. Verdel eine Porzellanfabrik in Gang gesetzt worden. Eine keramische Fachschule soll in Kürze errichtet werden.

Zu dem „wärmewirtschaftlichen Gedanken in der Deutschen Keramischen Gesellschaft“ stellte Dr. Ing. Neutlinger in einem Vortrage fest, daß er mit den einfachen Arbeitern und Meistern eher zu einem gewissen Zusammenarbeiten kam als mit Technikern, die viel konservativer sind als die Arbeiter bei Neueinführung wissenschaftlicher Betriebsüberwachungsapparate.

Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin bekam Mitte 1923 einen neuzeitlich denkenden und handelnden Direktor. Da Rückgriff auf diese Tat nicht anerkennen wollten, ließen sie Sturm gegen die Neuerung. Sie griffen dabei zu ihren so geläufigen Waffen der Verleumdung und erreichten damit, daß sich der preussische Landtag bzw. ein parlamentarischer Ausschuß mit den Dingen befaßte. Nach monatelangen Untersuchungen kam gegen zwei kommunistische Stimmen folgender Entschluß zustande:

1. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß in der Geschäftsführung der Porzellanmanufaktur nichts ordnungswidriges vorgekommen ist, daß bei Verkäufen an Minister und Abgeordnete und sonstige in der Öffentlichkeit genannte Personen keinerlei Korruption vorliegt.
2. Die künstlerischen Leistungen der Porzellanmanufaktur sind in den letzten Jahren auf der Höhe geblieben, die der großen Tradition der Porzellanmanufaktur und ihrem hohen Ruf entspricht.
3. Der Handelsminister hat bei Anstellung des Direktors Schueider das Statutrecht mißbraucht, verlegt, doch hat er sich bei Berufung Schneiders von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen, nachdem er sich über dessen Einstellung für die Leitung der Porzellanmanufaktur und für die beabsichtigte Umstellung des Betriebes vergewissert hatte. Dr. Schneider habe schon vor dem Bekanntgeben dieses Untersuchungsergebnisses gekündigt und verzichtete darauf, die Direktorstelle wieder zu übernehmen. Er hat anschließend genug von der „Porzellanhebe“ reaktionärer Kreise, die sich anheißelnd an der „Porzellanhebe“ der Manufaktur fröhnten und in Zeitungsartikeln der Reichs- und Landespresse ihren Geist „trudeln“ ließen. Ob sich jetzt noch ein energischer Sachmann der feintekamischen Industrie finden wird, das Unternehmen wieder aus der Klemme zu bringen, bleibt abzuwarten. Das eine, was diese Affäre gebracht hat, ist: Der Ruhm der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin litt nicht durch die kurze Tätigkeit Dr. Schneiders, sondern bekam einen arzen Stab infolge der Hintertreppmanieren der Rechtskreise.

... Es scheint, als ob die Menschheit Vernunft und Selbsterhaltungstrieb eingebüßt hätte und, trotzdem sie am Verlöschen ist, wieder eine Dente von Verbedern und Dummköpfen werden soll“...
Edmond Gosset im „Le Peuple“.

Aus unserem Beruf.

Streit und Differenzen.

Berlin: Apothekenstandgeschäftsmaler. **Eisenberg:** Firma W. Jäger, Porzellanfabrik (Wasserinnen). **Großbrittanien:** S. Mühl & Sohn (Vertrieb). **Rheinsberg:** C. & E. Carstens, Rheinsberger Steingutfabrik (Maler aus Wasserinnen).

Verstärkt die Reihen!

Die Organisationen der Arbeiter stehen vor Kämpfen um den notwendigen Lohnanteil, um Erhalt bisheriger Rechte und um gezielte Regelung des Achtstundentages. Auch die Arbeiterchaft der feineramischen Industrie wird davon nicht verschont bleiben und das Verhalten der Unternehmer läßt darauf schließen, daß sie jeden günstigen Augenblick zur Streikbewegung der Arbeiter ausnützen werden. Schon machen sich Teilstreiks bemerkbar, weil einige Firmen nicht einmal die Tarifhöhe geschweige denn den Teuerungsausgleich tragen wollen. Diese Umstände regen die ohnehin mit Recht gereizte Stimmung der Kollegenschaft noch mehr an, während ein Teil Arbeiter geduldig alle Schritte hinnimmt und sich den Fabrikanten gegenüber launisch in sein Schicksal fügt. Dieser Doppeltakt unter der Arbeiterchaft ist gefährlich und bedeutet eine Stütze für die Industrie. Wir Organisierten können das nicht so hinnehmen. Wir müssen alles daran setzen, die Dinge zu unserem Gunsten zu ändern. Dazu gehört die Aufrüstung der Kassen, der Beiseitestellungen. Sie müssen dem Verband wieder angeführt werden; denn bei den kommenden Auseinandersetzungen kann die organisierte Arbeiterchaft keine Lücken im Rücken dulden. Hier heißt es klare Bahn schaffen. Entweder für oder gegen die Unternehmer entscheiden, müssen unsere Werber von den Unorganisierten verlangen. Halb so, halb so gibt es für Arbeiter nicht, darf es nicht geben, sonst ist alle Mühe vergebens, die Lage der Arbeitenden zu verbessern.

Die erste Aufgabe ist: Die Verbesserung des Manteltarifvertrages, dessen Kündigung die Industriellen zum Jahres-schluß getätigt haben, wahrscheinlich zum Zwecke einer Verschlechterung. Das muß durchkreuzt werden. Die Macht dazu liegt nicht in den Händen der Verbandsleitung, sondern in dem starken Rückhalt der Kollegenschaft. Dann muß sich die feineramische Arbeiterchaft einen höheren Lohnanteil sichern. Freiwillig werden die Fabrikanten kaum zahlen, darum muß die Arbeiterchaft auch da zur äußersten Notwehr greifen und kämpfen, wenn die Schlichtungsstellen versagen sollten.

Die Unternehmer können zahlen. Sie haben die Mittel dazu. Die Umsatzsteuer wurde von 2 auf 1½ Proz. und die Zugzugsteuer von 15 auf 10 Proz. ermäßigt. Die Banken werden wahrscheinlich die Provisionen und Spesen und dann das Reich die Vorkurssteuer herabsetzen. Diese Erleichterungen brauchen die Porzellan- und Steingutfabriken nicht. Die verdienen ohnehin genug. Was das Reich an Steuern erläßt, muß sofort den Arbeitern durch Lohnhöhungen wieder zufließen, damit sich die Kaufkraft des Volkes und damit die Wirtschaft hebt. Das ist ein Gebot der Stunde.

Die Industrie wird diesen Schritt kaum freiwillig tun. Soviele wirtschaftliches Verständnis kann man bei ihr nicht voraussetzen. Deshalb haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der feineramischen Industrie sich das Worthalten zu erringen. Wenn alle zusammenstehen, gelingt das auch.

Kollegen und Kolleginnen, erkennt das, verstärkt die Reihen!

Berlin-Charlottenburg. Achtung! Die Apothekenstandgeschäftsmaler in Berlin stehen im Streit. Bezug ist fernzuhalten und darauf zu achten, daß keine Streitarbeit gemacht wird.

Rheinsberg. Die Zustände bei C. & E. Carstens, Rheinsberger Steingutfabrik, haben sich infolge der „fachmännlich“ gebildeten Leitung nun so weit verdichtet, daß einseitig das Malerei- und Druckereipersonal aus Gründen der Abwehr zum Streik greifen mußte. Wie die Betriebsleitung vorging, ergibt sich schon daraus, daß sie zwei Mitglieder der Lohnkommission, darunter einen Betriebsrat, freistellte. Die Betriebsleitung mußte wissen, daß die Belegschaft diese Herausforderung nicht unüberwunden hinnehmen kann, aber soweit wäre es gar nicht gekommen, wenn sie die vertraglichen Lohnbestimmungen eingehalten hätte. Dieser Umstand war es, der zum Konflikt führte. Man muß sich wundern, wie leichtfertig ein Unternehmen mit dem Wirtschaftskrisen umspringt und durch Mißachtung des Tarifvertrags die Arbeiter zum Streik zwingt. Da es vorher kein Verhandeln mit der Betriebsleitung gab, wird sie sich wohl jetzt dazu bequemen müssen. In betriebl. Fällen sollte wahrlich der Staat Wachtmittel haben und die Betriebsleitung zur Verantwortung ziehen.

Zugang nach Rheinsberg ist fernzuhalten!

Zeven. Die Zahlstelle Zeven sichert sich veranlaßt, Kollegen, die dort beabsichtigen, in Stellung zu treten, zu ermahnen, bei der Zahlstellenverwaltung Erlaubnis einzuziehen. Die Firma behält nur die besten Kräfte und überläßt alle, die nicht mitkommen, ihrem Schicksal. Die Verköstigung kostet 20 Mk. in der Woche. Verbeiratete finden keine Wohnung. Zerstreung am Ort gibt es nicht. Diese Umstände veranlassen schon viele Kollegen, Zeven wieder zu verlassen und gewöhnlich müßten die Mitglieder der Zahlstelle sie unterstützen, bis sie eine neue Stellung bekommen könnten. Es haben dabei schon manche bittere Erfahrung machen müssen. Wer sich vor Schaden bewahren will, beachte die Warnung.

Vermischtes.

Eine gerichtlich erledigte Verleumdung. Am 20. Oktober stand vor dem Amtsgericht Minden ein Termin an in der Privatklage des Bred gegen Emil Dyrlich (Berlin-Neustadt). Der Genannte ist Redakteur der Zeitung „Freier Gewerkschaftsbund“, hat den Lagen der „Niedersächsischen Arbeiter-Zeitung“, Hannover, Glauben geschenkt und an mehreren Orten die Lagen dieser Zeitung seinen gläubigen Hörern vorgelesen. So behauptete er, Bred habe 60000 Mark der Oppauer Sammlung unterschlagen und bei der Direktion der Zentralen Geld geliehen, damit ihm sein Gehalt ausbezahlt werden könne. An die erste Behauptung knüpfte er die Schlussfolgerung des Betruges. Den Schwindel vom Continental-Darlehen schloß er: Das ist Arbeiterverrat, in Zusammenarbeit von der Direktion oder so ähnlich. Für die letztere Behauptung bewährte sich der Beklagte nicht im geringsten um einen Beweis. Das Gericht erkannte den Beklagten schuldig, verurteilte ihn in die Kosten des Verfahrens, in beiden zur Anlage stehenden Fällen zu je 75 Mark Geldstrafe und sprach dem Kläger Publikationsbefreiung in der „Reierwarte“, Minden, und im „Vorwärts“, Berlin, zu.

Sinein in den „Bücherkreis“!

Eine vom arbeitenden Deutschland seit langem angeordnete Einrichtung ist hoffnungsreiche Wirklichkeit geworden: „Der Bücherkreis“ hat sich gebildet! Was ist „Der Bücherkreis“? Er ist eine Gelegenheit des billigen Bezuges von Büchern, deren Inhalt den besonderen Wünschen der werktätigen Bevölkerung der Republik entspricht. Das Verlangen, welcher der politisch informierten Literaten, deren Hauptreihe dem Sattel der Arbeiterwelt angepasst sind, auch Werke der schönen Literatur, sowie Werke wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Inhalts zu gleich billigen Preisen der Arbeiterchaft an die

Hand zu geben, war oft geäußert worden. Weite Kreise wollen außer der politischen auch eine zureichende Information über die Ergebnisse der neuen wissenschaftlichen Forschungen haben, sie wollen ferner in lebendigen Darstellungen das Kulturleben vergangener Epochen vermittelt haben, sie wollen schließlich mit dem dichterischen Schaffen der ernsthaften Autoren unserer Zeit in Fühlung sein, sofern dies Schaffen ihrem Denken und Fühlen entspricht. „Der Bücherkreis“ stellt die sichere materielle Grundlage für das in dieser Richtung sich bewegende Bildungsbestreben dar: für den billigen Beitrag von 1 Mk. pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — vier Bücher des gekennzeichneten Inhalts geliefert. Auch rein äußerlich werden die zur Ausgabe kommenden Werke allen Anforderungen des Geschmacks genügen.

Ist „Der Bücherkreis“ so zunächst eine Organisation des billigen Bücherbezuges, so ist er darüber hinaus eine Einrichtung von besonderer kultureller Bedeutung insofern, als er einen Gedanken vertritt, der gleichfalls oft, zuletzt auf der Leipziger Kulturwoche, entwickelt worden ist. Er stellt eine Art kultureller Arbeitsgemeinschaft zwischen der Arbeiterchaft und dem für sie tätigen Kreis der Wissenschaftler und Dichter dar: die Mitglieder des „Bücherkreises“ sollen ihre Wünsche hinsichtlich des speziellen Stoffinhalts der Bücher äußern, sie sollen in einer besonderen Rubrik der Monatschrift „Der Bücherkreis“ ihre Gedanken über die angegebenen Werke zum Ausdruck bringen, sie sollen Anregung geben, sie sollen Debatten in Fluß bringen, sie sollen eine fruchtbringende Wechselwirkung zwischen Autorchaft und Leserschaft herstellen. Das demokratische Prinzip der Zeit wird im „Bücherkreis“ auf ein Gebiet übertragen, auf dem es bisher nicht in Erscheinung getreten ist.

Dem literarischen Beirat des „Bücherkreises“ gehören an: Martin Andersen Nexø, Hans Baluschel, Arno Holz, Paul Kampffmeyer, Karl Hendell (Mündeln). Die Ausgabe des ersten Wertes erfolgt im Dezember d. J. Eine Reihe von Zahlstellen des „Bücherkreises“ ist bereits in allen Teilen Deutschlands eingerichtet worden.

Wo noch keine Zahlstelle geschaffen ist, ist dringend zu empfehlen, eine solche ins Leben zu rufen. Die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, ist angewiesen, beratend und durch Belieferung mit dem nötigen Werbematerial helfend zur Seite zu stehen. An die genannte Hauptgeschäftsstelle können auch Beitrittserklärungen einzelner eingereicht werden.

„Der Bücherkreis“ ist ein Ausdruck des Kulturwillens des werktätigen Volkes.

Es ist nötig, seinen Ausbau zu fördern!

Literarisches.

„Die Gesellschaft“ ist die internationale Revue für Sozialismus und Politik und wird herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding bei F. S. W. Dieb Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Monatlich erscheint ein Heft. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 3,60 Mk. — Das Novemberheft enthält: „Realistischer Sozialismus“ von Dr. Rudolf Hilferding; „Zur materialistischen Geschichtsauffassung“ von Professor Dr. E. v. Aster; „Richtlinien für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm“ von Dr. Fritz Baade; „Zur Biologie der menschlichen Arbeit“ von Professor Dr. R. H. Fuchs; „Kolonialpolitik unter internationaler Kontrolle“ von Dr. Moriz Bilecki und Bücherbesprechungen.

„Die Gemeinde“ ist die Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land und erscheint ebenfalls im Verlage von F. S. W. Dieb Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Der Bezugspreis ist monatlich auf 1,20 Mk. festgesetzt.

„Die Frauenwelt“ erscheint im gleichen Verlag als Halbmonatsschrift und kostet pro Nummer 30 Pf. mit Schnittmusterbogen 40 Pf. Die Schrift ist sehr gut mit Bildern ausgestattet und hat einen lehrreichen Inhalt zur Unterhaltung und Belehrung der Frauen und Kinder.

Neue Wege zum Kleinwohnungsbau. Ein Problem der Selbsthilfe. Von Dr. Ing. Martin Wagner. Herausgegeben von der Reichswohnungsfürsorge, Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S. 14, Inselstraße 6. Verlag: „Vorwärts“-Buchdruckerei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 0,75 Mk. — Dieses Heft enthält von dem bekannten Vorkämpfer auf dem Gebiet des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau's Vorschläge zur Reorganisation des Baugenossenschaftswesens und Durchführung einer verstärkten Selbsthilfearbeit im Kleinwohnungsbau. Wagner empfiehlt den Zusammenschluß der örtlichen Baugenossenschaften in Gemeinschaft

Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere: Prima Bengali Zymocasschwämme, groß und mittel, das Kilo 80.— bis 150.— Goldmark; billige Zymocassa in allen Größen sortiert, das Kilo 24.— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner, Glasur- u. Garnierungsschwämme, d. Kilo 50.— G.-Mk., feinste größere Levantiner, das Kilo 80.— bis 150.— G.-Mk. Große prima Levantiner „Elefantenzehen“, das Kilo 2.—300 G.-Mk., faustgroße, weiche prima Reef (auch f. Druckereien geeignet), das Kilo 60.— G.-Mk., Reef od. Hardehauschwämme, sort. Größen, d. Kilo 35.— G.-Mk. Fiedelschwämme, faust- bis lopi-groß, p. Std. 1.— b. 5.— G.-Mk. Zahlungsbeding. n. Vereinbar. **H. Hagenlocher, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.**

Wir suchen in allen Porzellanfabriken seriöse Herren, die die

Vertretung in Berufsleidung

(Malermäntel, Dreherhäuten und -Jacken, Männer- und Frauenhäuten) übernehmen. Nur wirklich zuverlässige Personen wollen sich melden. Ausführliche Angebote unter 212 an die „Ameise“.

Arbeitsmarkt.

Zucht vor, energischer.

Oberbrenner

ledig oder verheiratet, mit langjähriger Brennhaus-Praxis, von mittlerer schlesischer Geb.-u.-Geh.-Klasse möglichst sofort gesucht. Der Bewerber muß mit allen im Brennhaus vorkommenden Arbeiten bestens vertraut sein und gute Brände garantieren können; auch muß derselbe im Affordwesen und dem Anlernen der Arbeiter im Brennhaus vollkommen bewandert sein. Entsprechenden Bewerber wird gutbezahlte Dauerstellung event. mit Wohnung garantiert, jedoch kommen nur wirklich erstklassige Bewerber in Frage. Angebote unter „Nr. 200“ an die „Ameise“ erbeten.

Zwei tüchtige ledige Freimarbmaler, die in der Steingutmalerei und anderen Malerarbeiten firm sind, suchen Stellung. Zuschriften sind unter „Nr. 160“ an die „Ameise“ zu richten.

Flotter Mobellagierer, Formengießer, Mobeldreher, mit allen Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Angebote unter „161“ an die „Ameise“ erbeten.

mit den Gewerkschaften der Bauhüttenorganisation und den Frage kommenden Behörden zu örtlichen Dachgesellschaften. Die äußerst temperamentvollen Ausführungen rufen das gesamte Problem des Wohnungsbaues der Gegenwart auf und zeigen Wege zur Abhilfe der Wohnungsnot. Jeder Gewerkschafter sollte dieses Heft lesen, da es praktische Wege aufweist, wie die Gewerkschaften über den reinen Lohnkampf hinaus in Richtung auf die Gemeinwirtschaft wirken können. — Dieses Heft ist um so bedeutungsvoller, als nach den in ihm enthaltenen Vorschlägen bereits eine Anzahl solcher Dachgesellschaften (in Berlin, Frankfurt a. M., Königsberg, Essen, Dessau usw.) entstanden sind.

„Jugend-Liederbuch“, 6. Auflage, 300. bis 500. Tausend, zusammengestellt von Aug. Albrecht, 168 Seiten, Preis kartoniert 0,40 Mk., in Ganzleinen 0,70 Mk. Arbeiter-Jugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. — Das in den Kreisen der Jugend und darüber hinaus bei den Erwachsenen weit bekannte „Jugend-Liederbuch“ liegt nunmehr in verbesserter und erweiterter Auflage vor. Mit dieser sechsten Auflage erreicht es das Dreihundert- bis Dreihundertfünfundzigste Tausend. Sicher ein Beweis seiner großen Beliebtheit. Die Brauchbarkeit dieser Auflage ist wieder wesentlich erhöht worden. Etwa 25 neue Lieder kamen hinzu, einige veraltete sind ausgeschieden, dafür heute mehr gebrauchte aufgenommen, außerdem ist das Heft um volle 12 Textseiten vermehrt worden. Einige neue Kampflieder („Brüder zur Sonne“, „Hebt unsre Fahnen“, u. a.) ferner weitere Wander- und schürrende Lieder (die jetzt wohl sehr vollständig beisammen sind) und dazu einige sehr oft gesungene Volks-Lieder fanden Aufnahme. Das Buch enthält jetzt beinahe 200 Liedertexte. Das neue „Jugend-Liederbuch“ erhielt äußerlich und innerlich ein neues Gewand durch die Zeichnungen von Gene Müller; möge dieser seine Bittert ebenfalls dazu beitragen, dem Buche neue Freunde zu gewinnen. Das Buch ist im Buchhandel wie direkt vom Verlag zu beziehen.

Zur Beachtung!

Am 9. d. M. sind an die Zahlstellenkassierer Klassenberichte pro 1922/23, Statistennachträge und Anleitungen für den Zahlstellenkassierer und die Revisoren mit entsprechendem Begleitschreiben versandt worden. Diejenigen Zahlstellen, die obgenannte Sendung nicht erhalten haben, wollen dieses dem Unterzeichneten melden. Wilhelm Herden.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung: Dienstag, den 25. November, abends 7 Uhr, in der Staatlichen Porzellanmanufaktur Charlottenburg, Wegelstraße, am Bahnhof „Tiergarten“. Vortrag mit Lichtbild über „Kleinfriedung und neues Bauwesen“. Vortragender: Architekt Rich. Linde von der Sozialen Bauhütte.

Frauenruh. Die diesjährige Generalversammlung ist am Freitag, den 28. November, abends 7/8 Uhr, im „Matscheller“. Jedes Verbandsmitglied hat zu erscheinen.

Hennigsdorf. Die Zahlstellenversammlung findet jeden Freitag nach dem 1. des Monats im „Nolten Schloß“ in Hennigsdorf statt.

Adressenänderungen.

Hennigsdorf. Vorj.: Ernst Seiber, Charlottenburg, Brunnenstr. 69. Schriftl.: Alex. Wroß, Berlin N., Körbnerstraße 4. Kass.: Max Jan, Berlin N., Spamererstr. 57. Revu.: 1. Karl Bressel, Charlottenburg, Grassmühlstr. 17. 2. Max Meyer, Berlin N., Grünthalstr. 30.

Hattingen. Kass.: Peter Strunk, Hochstraße 24. **Zeven.** Kass.: Stephan Baliga, Dreher, Zeven, Kirchhof-allee bei Zugführer Hastedt; Schriftl.: Andreas Böhlmann, Zeven, Bahnhofstr. 21.

† Sterbetafel †

Menhaldensleben. Ernst Sophy, Dreher, geb. am 13. 2. 1886, gest. an Magenoperation. Organisiert seit 1919. Ehre seinem Andenken!

Jungen tüchtigen Mobellieur der Geschirrbrennerei stellt sofort ein (212) Wittener Steingutfabrik, Kleinwittenberg/Elbe.

Junger tüchtiger Formgießer, in seinem Fach bewandert, sucht Stellung. Angebote sind unter „162“ an die „Ameise“ zu richten.

Inferate im Arbeitsmarkt der „Ameise“ werden spottbillig berechnet und haben den größten Erfolg.

Einen tüchtigen **Glasurer**

welcher mit allen vorkommenden Glasurarbeiten vertraut, besonders im Kellerglasuren perfekt ist, stellen ein (208b)

Porzellanfabrik Weihenstall (Härde & Rudolph) Weihenstall (Fichtelgebirge).

stellen sofort ein (211a) Steingutfabriken Veltens-Dordamm G. m. b. H.

Veltens i. d. Mark

Dreher

für Holz- und Flachgeschirr sofort gesucht. Ledige bevorzugt. (213)

Edmund Krüger

Porzellanfabrik

Blankenhain i. Thür.

Einrichter und Formengießer

stellen sofort ein (211a) Steingutfabriken Veltens-Dordamm G. m. b. H.

Veltens i. d. Mark

Schleifer

für besseres Geschirr gesucht. Angebote erbeten (208) Zeven Porzellanfabrik C. & E. Carstens Zeven, Bez. Bremen.

Herzliche Glückwünsche zur grünen Hochzeit am 16. November 1924 unserem lieben Kollegen Paul Fahrman und Frau, unserer ehemaligen Kollegin, bringen die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Großhainrodt.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henniger, Charlottenburg, Wabelstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Wabelstraße, Neubau. — Druck: C. Janiszewski, Berlin SW., Elisabethufer 28/29.